

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

Die EU-Perspektive der südosteuropäischen Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Makedonien, Montenegro und Serbien verstärken

– Drucksache 17/106 –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Hier ist verabredet, eine halbe Stunde zu debattieren. Dazu sehe ich keinen Widerspruch. – Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dietmar Nietan für die SPD-Fraktion.

Dietmar Nietan (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut vier Wochen haben wir alle mit großer Dankbarkeit den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer gefeiert. Damals, am 9. November 1989, fiel endlich dieses schändliche Bauwerk, welches schlechthin das Symbol für die Teilung Europas war.

Heute möchte ich namens der SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Die EU-Perspektive der südosteuropäischen Staaten ... verstärken“ vorstellen. Wir möchten mit diesem Antrag daran erinnern, dass gerade wir Deutsche eine besondere Verpflichtung haben, uns innerhalb der Europäischen Union für eine Politik einzusetzen, die sich dem Ziel der Vereinigung Europas uneingeschränkt verpflichtet fühlt.

Nach dem traumatischen Versagen der Europäischen Union während des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawiens haben wir den über 20 Millionen Menschen in Albanien, in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Kroatien, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, in Montenegro und in Serbien nicht erst auf dem Treffen des Europäischen Rates 2003 in Thessaloniki das Versprechen gegeben, ihnen eine ernsthafte Chance für einen Beitritt in die EU zu geben. Nun ist nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon aus unserer Sicht der richtige Zeitpunkt gekommen, dieses Versprechen nicht nur als ein Lippenbekenntnis zu erneuern, sondern es durch konkrete politische Initiativen mit neuem Schwung zu versehen. Wenn sich die Bundesregierung für eine konkrete Verstärkung der EU-Perspektive für die Staaten Südosteuropas auf dem kommenden Europäischen Rat am 10. und 11. Dezember in Brüssel einsetzen würde, hätte sie dabei sicherlich viele Unterstützerinnen und Unterstützer.

- (B)

So konzediert die EU-Kommission in ihrem letzten Fortschrittsbericht der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung wichtiger Reformen. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien. Ich hoffe deshalb sehr, dass die Bundeskanzlerin kommende Woche auf dem Europäischen Rat in Brüssel die Initiative ergreift, indem sie sich für einen entsprechenden Beschluss zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen einsetzt.

(Beifall des Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD])

Die Regierung in Skopje hat sich, sicherlich auch ermutigt durch die positive Empfehlung der EU-Kommission für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, im Namensstreit mit Griechenland auf Griechenland zubewegt. Die deutsche Bundesregierung könnte jetzt an dieser Stelle, so finde ich, unseren griechischen Freunden gut zureden, sich in dieser Frage ebenfalls zu bewegen. Mazedonien die Perspektive eines EU-Beitritts mit Hin-

- (C) weis auf den andauernden Namensstreit zu versagen, wäre jedenfalls unverantwortlich.

Die guten Fortschritte, insbesondere von Kroatien, Mazedonien und Serbien, zeigen, dass die EU-Beitrittsperspektive ein ganz entscheidender Punkt im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union mit den Staaten Südosteuropas ist. Der amtierende Erweiterungskommissar Rehn hat noch zuletzt Ende Oktober vor dem Europäischen Parlament die EU-Beitrittsperspektive als das zentrale Instrument für Stabilität auf dem Balkan bezeichnet. Ausdrücklich spricht sich Olli Rehn für eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses aus. Ich muss Ihnen sagen: Eine solch klare Aussage, insbesondere auch gegenüber den Staaten in Südosteuropa, sucht man im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP leider vergeblich.

(Beifall des Abg. Dr. h. c. Gernot Erler [SPD])

Angesichts der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch vor dem Hintergrund eines teilweise in besorgniserregender Weise aufkeimenden Nationalismus in der Balkanregion bedarf es aber genau jetzt eines deutlichen Signals, dass die EU ihre Anstrengungen verstärkt, um die soziale, wirtschaftliche und politische Stabilisierung der Region voranzubringen.

(Beifall der Abg. Uta Zapf [SPD] – Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Nicht so überschwängliche Ovationen!)

- (D) Die proeuropäischen, demokratischen Kräfte in den Staaten Südosteuropas brauchen jetzt unsere Unterstützung. Lob allein ist da zu wenig. Jetzt sind Taten gefragt. Die Beschlüsse des Europäischen Rats für Justiz und Inneres vom vergangenen Montag, die Visumpflicht für Mazedonien, Montenegro und Serbien aufzuheben sowie Bosnien-Herzegowina und Serbien entsprechende Makrofinanzhilfen zu geben, sind ermutigend. Doch entscheidend ist für mich die Frage, ob es weiterhin gerade auch aus Deutschland das Signal gibt: Wir wollen den Erweiterungsprozess fortsetzen. Wir wollen euch, die Staaten Südosteuropas, ernsthaft und aufrichtig bei uns aufnehmen. Wir würdigen eure Reformschritte und werden alles unterlassen, was auf EU-Seite den Beitrittsprozess unnötig verlängert.

Das gilt nicht nur für Kroatien, wo die Frage von fehlenden Artillerieprotokollen nicht zum alleinigen Maßstab für den Beitrittsfortschritt gemacht werden sollte. Das gilt für die gesamte Region; denn letztlich muss es in unser aller Interesse sein, dass die Länder Südosteuropas, inzwischen eine Enklave innerhalb der Europäischen Union, einen neuen und nachhaltigen Impuls für eine EU-Mitgliedschaft erhalten.

Unser allseits geschätzter früherer Kollege Detlef Dzembitzki hat in seiner letzten Bundestagsrede hier an dieser Stelle am 28. Mai dieses Jahres gesagt, er halte es für sinnvoll, nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages zu prüfen, ob man nicht einen weiteren Sondergipfel für die Region einberufen solle. Damals bekam Detlef Dzembitzki für diesen Vorschlag in diesem Haus viel Beifall. Jetzt ist vielleicht die Zeit gekommen, dem Beifall von damals Taten folgen zu lassen. In diesem Sinne

Dietmar Nietan

- (A) bitte ich Sie alle um Unterstützung für unseren Antrag. Ich glaube, nicht nur Detlef Dzembritzki, sondern auch die Reformer in Südosteuropa würden sich darüber sehr freuen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Peter Beyer hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Peter Beyer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ende des Kosovo-Krieges, des letzten großen Krieges auf dem Balkan, liegt jetzt ungefähr zehn Jahre zurück. Seitdem sind in dem südosteuropäischen Raum erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, allerdings in stark unterschiedlichem Ausmaß. Zudem hat die Entwicklung leider gezeigt, dass das einmal Erreichte nicht immer von Dauer ist. Der Grund hierfür ist nicht nur die im Antrag genannte Wirtschafts- und Finanzkrise, beileibe nicht. Auch nicht überwundene, stark ausgeprägte ethnische Spannungen hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt in diesen Ländern. Dies ist ein wichtiger Grund, warum der Motor auf dem Weg Richtung EU-Mitgliedschaft stottert.

- (B) Die Europäische Union hat auf ihrem Westbalkan-Gipfel in Thessaloniki in 2003 die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für die Westbalkanländer deutlich unterstrichen. Wir stehen dazu. Das kommt beispielsweise in den Bestrebungen der EU hin zu einer Visaliberalisierung zum Ausdruck. Eine Beitrittsperspektive läuft letztlich immer auch auf Visafreiheit hinaus. Die EU hat dafür Roadmaps mit diesen Staaten festgelegt.

Für viele Menschen auf dem westlichen Balkan ist die Europäische Union ein wichtiger Hoffnungsträger. Die EU steht für Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und für Demokratie. Nicht nur wirtschaftliche Erwägungen spielen eine Rolle. Gerade wir Deutschen wissen, dass die EU helfen kann, lang andauernde Konflikte nicht nur zu überwinden, sondern letztlich auch final zu beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass die Hoffnungen, die die Menschen mit der EU und einer Mitgliedschaft in der EU verbinden, berechtigt sind. Ich bin deshalb sehr für ehrliche Beitrittsgespräche mit den Ländern Südosteuropas. Allerdings müssen wir auch klar sehen, dass die Staaten im Hinblick auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Mazedonien hat den Status eines Beitrittskandidaten erreicht. Montenegro hat im Dezember letzten Jahres ein EU-Beitrittsgesuch übergeben, Albanien Ende April dieses Jahres. Auch Serbien hat einige Verbesserungen erreicht, an der einen oder anderen Stelle, beispielsweise

- bei der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, hapert es aber noch. (C)

Lassen Sie mich kurz auf die Lage in Bosnien-Herzegowina eingehen. Dieses Land ist durch die kriegerischen Auseinandersetzungen nach dem Zerfall Jugoslawiens ganz besonders gebeutelt. Noch heute kämpft dieser Staat mit den Folgen. Neben den Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Beendigung des Mandates des Hohen Repräsentanten sind ethnische Konflikte in Bosnien-Herzegowina weiterhin besonders präsent. Das behindert den Annäherungsprozess an die EU. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Bosnien-Herzegowina im Rahmen der Annäherung an die EU wichtige Schritte unternommen hat. Letztlich brauchen wir ein demokratisches Bosnien-Herzegowina, das als Staat selbst agieren kann. Die Stabilität dieses fragilen Staatengebildes ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte südosteuropäische Region.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Wie wahr!)

Leider stockt derzeit der notwendige Verfassungsreformprozess. Kosovo schließlich kämpft seit der Unabhängigkeit 2008 darum, ein hinreichendes Maß an Stabilität in dem Staat hinzubekommen.

Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, ergebnisoffene Verhandlungen mit den Staaten in dieser Region zu führen. Wir brauchen Verhandlungen, die auf die konkrete Situation der einzelnen Beitrittskandidaten zugeschnitten sind. Wir brauchen eine Erweiterungspolitik mit Augenmaß und sicherlich an der einen oder anderen Stelle auch mit einem langen Atem. Die strikte Erfüllung der Beitrittskriterien muss dabei immer bindende Voraussetzung für einen Beitritt sein. Eine Aufweichung der Beitrittskriterien darf es einfach nicht geben. Schon gar nicht darf es zu einer Art Automatismus kommen. Daher wäre die Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen schlicht nicht sinnvoll. An Termingeschäften hat sich schon so mancher die Finger verbrannt. (D)

Der künftige Erweiterungsprozess wird auch davon bestimmt sein, ob es uns gelingt, die EU nicht nur räumlich zu vergrößern. Entscheidend dürfte sein, dass wir die Verbindungen der Mitgliedstaaten im Innern vertiefen und letztlich das Zusammenwachsen weiter vorantreiben. Daher muss auch immer die Aufnahmefähigkeit der EU mit in den Blick genommen werden.

Die europäische Einigung ist zweifellos die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents. Sie garantiert seit Jahrzehnten Sicherheit und Frieden im Innern ebenso wie nach außen. Wir dürfen uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen. Die Arbeit ist noch nicht vollständig getan. Für den langfristigen Erfolg der Europäischen Union ist die tagtägliche Akzeptanz der EU-Bürgerinnen und -Bürger ganz entscheidend. Und dazu gehört eben auch, dass man sich an die selbstgesetzten Vorgaben hält. Das schafft Transparenz und Verlässlichkeit. Das wiederum schafft letztlich Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Peter Beyer

- (A) In diesem Sinne verstehe ich den Antrag der SPD-Fraktion so, dass eine Aufnahme auch dann geschehen soll, wenn die tatsächlichen Gegebenheiten dem noch entgegenstehen. Das lehnen wir ab.

(Dietmar Nietan [SPD]: Das steht aber nirgendwo! Sie müssen den Antrag lesen!)

Klare Beitrittsperspektive ja, aber feste Beitrittsversprechen wird es mit uns nicht geben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dietmar Nietan [SPD]: Das ist konservative Dialektik!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, das war Ihre erste Rede in diesem Haus, zu der wir Ihnen gratulieren. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit hier.

(Beifall)

Der Kollege Dr. Diether Dehm spricht jetzt für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Leider zeigt Ihr Antrag, dass Sie noch nicht richtig in der Opposition angekommen sind. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihr Wahlergebnis dazu führt, dass Sie auch Ihre Außen- und Europapolitik auf den Prüfstand stellen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Schon in der Überschrift Ihres Antrages nennen Sie das Kosovo einen Staat; aber das ist ein Bruch des Völkerrechts. Willy Brandt stand ohne Wenn und Aber für das Völkerrecht. Wenn nicht bald aus dem aktuellen SPD-Kurs wieder sozialdemokratischer Kurs wird, wird das nichts mit einer gescheiterten Opposition und auch nichts irgendwann wieder mit der Regierung.

(Beifall bei der LINKEN – Dietmar Nietan [SPD]: Da werden wir Sie eines Besseren belehren! – Zuruf von der CDU/CSU: So eine Propaganda!)

Will die SPD die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo weiterhin positiv sanktionieren? Wollen Sie damit grünes Licht für die Zerschlagung weiterer Nationalstaaten geben?

(Thomas Oppermann [SPD]: Da drüben sitzt die Regierung!)

In Ihrem Antrag geben Sie vor, für den Erhalt multinationaler Staaten auf dem Balkan einzutreten. Warum haben Sie denn dann nichts dagegen getan, als das multinationale Jugoslawien zerschlagen wurde?

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Oppermann [SPD]: Ihr Freund Milosevic! Gysi war doch bei Milosevic und wollte Jugoslawien retten! – Zuruf der Abg. Marieluise

Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] (C)

Tun Sie nicht so, als ob Sie nicht wüssten, dass mit der Anerkennung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo alle Sezessionsbestrebungen in der Region Auftrieb bekommen, ob in Bosnien oder in Montenegro. Sie beklagen in Ihrem Antrag zunehmenden Nationalismus. Wo Nationalstaaten aber zerstückelt und gedemütigt werden, nimmt Nationalismus meistens zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie jetzt die Folgen der Jugoslawien-Kriege beklagen, ist nicht glaubwürdig. Wer hat denn 1999 Jugoslawien ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats angegriffen? Das war die Regierung von Schröder, Fischer und Scharping mit schwarz-gelber Billigung.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Brand [CDU/CSU]: Wer ist zu Milosevic gefahren? Das war Gysi!)

Joseph Fischer kümmert sich jetzt um die Verlegung der Nabucco-Pipeline durch den Balkan. Ihr Antrag ruft zwar „Haltet den Dieb!“, aber das Diebesgut, die Nabucco-Pipeline, bleibt hier.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Weder Sie in Ihrem Antrag noch die Bundesregierung sehen vor, dass die Bevölkerung gefragt wird. Wer die Erweiterung der EU will, muss die Menschen dabei mitnehmen. Aber zu Volksabstimmungen sagen Sie weiterhin: Nein, danke.

(Dietmar Nietan [SPD]: Dazu steht im Antrag nichts!) (D)

Wenn Sie Volksabstimmungen in Europa, wie die in Irland, nicht vermeiden können, dann lassen Sie so lange abstimmen, bis Ihnen das Ergebnis passt.

(Dietmar Nietan [SPD]: Wie kann man nur so ein Gefangener seiner Ideologie sein? Das ist unglaublich! – Zuruf von der CDU/CSU: Schweiz!)

– Wer hier Gefangener seiner Ideologie ist bezüglich des Bruchs des Völkerrechts –

(Dietmar Nietan [SPD]: Lieber Genosse Dehm, ich bin entsetzt!)

– Ich weiß nicht, warum Sie hier jetzt „Genosse Dehm“ rufen; wir sind noch nicht so weit, dass wir uns das hier zurufen müssen, schon gar nicht hier im Parlament.

Die Linke setzt auf ein Europa der Bevölkerungen anstatt auf ein Europa der Eliten, dessen Entstehung jüngst der zweitoberste Verfassungsrichter, Voßkuhle, befürchtet hat.

Im Europaausschuss wurde ich gefragt, ob wir Linke jetzt unseren Frieden mit dem Lissabon-Vertrag gemacht haben. Die Linke achtet geltende Gesetze, so auch den Lissabon-Vertrag in der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts, was wir gemeinsam mit dem Kollegen Gauweiler erstritten haben. Wir achten das Gesetz. Es freut mich, dass ich den Kollegen hier sitzen sehe. Wir

Dr. Diether Dehm

- (A) Linke beachten sogar die autoritären Notstandsgesetze, die wir bekämpft haben. Aber wir bleiben bei unserer Kritik am neoliberalen, militaristischen Lissabon-Vertrag.

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Unfug!)

Mit ihm kommt die EU nicht in die Herzen und Köpfe der Völker Europas.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen weiterhin eine friedliche, eine sozialstaatliche, eine ökologische und eine demokratische Verfassung für unser Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Oliver Luksic hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Oliver Luksic (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beitrittsperspektive der Länder des Westbalkans ist aus Sicht aller Beteiligten wichtig, sowohl für die Länder des Balkans als auch für die Europäische Union und Deutschland. Im Gegensatz zur Linken sagen wir als FDP: Wir stehen zur Thessaloniki-Agenda, und wir stehen zum langfristigen Ziel eines EU-Beitritts der Länder des Westbalkans. Der Westbalkan darf keine nichteuropäische Insel inmitten von Europa sein.

- (B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Erweiterung darf aber kein Selbstzweck sein. Man muss sich daran orientieren – und zwar nur daran –, ob ein Beitrittsland die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Der Erweiterungsprozess ist für uns grundsätzlich ein offener Prozess. Er muss mit Augenmaß betrieben werden.

Für uns als FDP-Fraktion sprechen drei Gründe für die Beitrittsperspektive der Länder des Westbalkans.

Der erste Grund ist die Entwicklung der Länder des Westbalkans. Sie sind leider immer noch von gesellschaftlicher Instabilität geprägt, die aus historischen Konflikten und ethnischen Spannungen resultiert. Auch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder muss beschleunigt werden. Sie sind von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen. Damit sich gerade diese Länder entwickeln, ist es wichtig, dass es von Europa ein klares Signal gibt. Europa ist nämlich auch der Kitt, der diese Länder zusammenhält. Deswegen muss Europa das Signal senden: Der Balkan ist ein Teil Europas. Es geht auch darum, die Hoffnungen, die die Menschen auf dem Balkan mit Europa verbinden, nicht zu enttäuschen. Daran sollte auch die Linke denken, wenn sie den vorliegenden Antrag in Bausch und Bogen verdammt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens. Aus Sicht der Europäischen Union kommt es darauf an, ob die Ankündigung, die Olli Rehn in seiner Funktion als Erweiterungskommissar gemacht hat, dass es nach der Vertiefung der Europäischen Union eine weitere Erweiterung geben soll, umgesetzt wird. Wir als FDP wollen eine starke Europäische Union. Für uns ist eine europäische Einheit ohne den Balkan nicht vollständig.

(C)

Drittens. Auch aus deutscher Sicht sprechen wirtschaftliche und politische Interessen für eine EU-Perspektive dieser Staaten. Wir haben es mit Ländern zu tun, die sehr deutschlandfreundlich sind. Es gibt historische Verflechtungen und Verwachsungen, was die Wirtschaft angeht. Gerade der deutsche Mittelstand ist dort sehr aktiv. Viele Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern sprechen Deutsch. Die deutsche Wirtschaft hat somit die Chance, neue Märkte zu erschließen. Vor allem aber ist es unser genuines politisches Interesse, sicherzustellen, dass wir direkt vor unserer Haustür einen stabilen Balkan haben. Auch aus deutschem Interesse müssen wir daher den Staaten des Westbalkans eine Beitrittsperspektive geben.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass Erweiterungspolitik immer mit Augenmaß betrieben werden muss. Wir können nicht alle Länder des Westbalkans in einen Topf werfen. Es gibt unterschiedliche Entwicklungsstadien, auf die wir Rücksicht nehmen müssen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf das wichtige vierte Kopenhagener Kriterium: die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union.

(D)

Für uns gibt es einen klaren Maßstab, nach dem die Beitrittsfähigkeit der Länder beurteilt werden muss: die Kopenhagener Kriterien. Dabei handelt es sich um politische Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliche Kriterien wie soziale Marktwirtschaft sowie die Umsetzung von EU-Normen, also die Übernahme des *Acquis communautaire*.

Die Position der FDP ist ganz klar: Es gibt keine zusätzlichen Kriterien. Religion ist kein Kriterium. Für uns ist die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien entscheidend, wenn es um die Frage geht, ob wir Beitrittsverhandlungen mit einem Land aufnehmen. Das steht so auch explizit im Koalitionsvertrag; das ist gut und richtig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn man sich die Situation in den verschiedenen Ländern des Westbalkans anschaut, stellt man fest, dass eine Einzelfallbetrachtung notwendig ist. Jedes dieser Länder hat den Status eines potenziellen Beitrittskandidaten. Mazedonien ist mit Sicherheit am weitesten. Spätestens Anfang 2010, wenn nicht schon jetzt im Dezember in der Ratssitzung in Brüssel, wird dieses Thema noch einmal auf der Tagesordnung stehen. Für uns ist klar: Wir wollen, dass Mazedonien und Griechenland den Namensstreit beilegen. Slowenien und Kroatien haben ein gutes Beispiel dafür geliefert, wie man das ma-

Oliver Luksic

- (A) chen kann. Sowohl Mazedonien als auch Griechenland müssen jetzt europäisch denken und europäisch handeln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Albanien und Montenegro haben den Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt, sind aber noch nicht ganz so weit. Montenegro ist, was die ökonomischen und die politischen Kriterien angeht, vielleicht ein Stückchen weiter als Albanien. Was Albanien betrifft, sind wir skeptisch, ob die Avis-Aufforderung an die Kommission seitens des Rats richtig war. Serbien, Bosnien-Herzegovina und das Kosovo müssen die Vergangenheit aufarbeiten und vor allem mit dem Internationalen Strafgerichtshof kooperieren.

Aus Sicht der FDP-Fraktion brauchen wir ganz klar eine Einzelfallprüfung. Wir dürfen die Länder des Westbalkans nicht alle über einen Kamm scheren. Deswegen können wir dem Antrag der SPD leider nicht zustimmen. Das Prinzip des Geleitzuges sehen wir kritisch: Ein Zug, bei dem alle zusammengefasst werden sollen, fährt spät ab und kommt langsam zum Ziel, weil der Langsamste das Tempo bestimmt. Ich glaube, es ist besser, wenn jedes Land allein abfährt. Ich würde das „Regattaprinzip“ nennen. Das ist sachgerechter.

Lassen Sie mich abschließend sagen – ich glaube, das sehen alle Fraktionen im Europaausschuss ähnlich –, dass nicht nur, was Mazedonien angeht, sondern auch, was Island angeht, bevor die Bundesregierung in Brüssel grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gibt, hier im Deutschen Bundestag darüber debattiert werden muss. Ich glaube, es ist wichtig, dass, bevor in Brüssel entschieden wird, die deutsche Öffentlichkeit und wir hier im Bundestag dies diskutieren. Das ist der Auftrag, den uns der Vertrag von Lissabon gibt, und dafür steht die FDP-Fraktion.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Luksic, auch für Sie war das die erste Rede hier im Parlament. Wir gratulieren Ihnen dazu und wünschen für die weitere Arbeit alles Gute.

(Beifall – Abgeordnete der FDP gratulieren dem Abg. Oliver Luksic [FDP])

Marieluise Beck spricht jetzt für Bündnis 90/Die Grünen.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mich in der Tat freuen, wenn dieser Antrag ein Aufschlag wäre für dieses Haus, in dieser Legislaturperiode mit etwas mehr Verve und Engagement – – Oh, da muss erst das Gratulieren zu Ende gehen; da ist noch ein Defilee im Gange.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das nennt man normalerweise Wandelprozession. Ich stoppe so lange Ihre Redezeit.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wunderbar.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

So, Frau Beck, bitte.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, wenn Sie ab jetzt mit dabei sind, ordentlich Dampf zu machen, dass auch in diesem Haus über Südosteuropa mit mehr Ernsthaftigkeit gestritten wird, bin ich sehr froh darüber.

Ich glaube, dass der Balkan drohte, in Vergessenheit zu geraten, weil es in letzter Zeit keine offene Gewalt gab, weil keine wirklich großen Schwierigkeiten sichtbar waren. Die ganze Region ist deswegen ein wenig in den Schatten geraten.

Wir haben nicht das Verständnis, dass die Europäische Union ohne Südosteuropa ein Torso wäre. Die Perspektive ist eher: Gut, wenn sie sich bemühen, dann wollen wir sie dabei unterstützen, beizutreten. Wir alle müssen die Perspektive umkehren: Es liegt in *unserem* Interesse, dass Südosteuropa zu einem Teil der Europäischen Union wird.

Daher sollten wir – das fehlt mir in Ihrem Antrag, liebe Kollegen von der SPD; da ist er mir ein bisschen zu glatt – schauen, was wir, die Europäische Union, selbst für Fehler gemacht haben.

Der historische Grund für die Gründung der Europäischen Union ist die Überwindung des Nationalismus gewesen. Dennoch erleben wir, dass der Nationalismus noch heute und selbst in reifen EU-Ländern in einer Weise zum Vorschein kommt, wie man es rational kaum mehr verstehen kann. Ich denke da an den Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien. Wie kann es sein, dass ein reifes EU-Land wie Griechenland, das durch die EU sehr wohl gute Perspektiven hat und, wie wir gelernt haben, die weitaus höchsten Nettoeinnahmen aus dem EU-Haushalt bezieht, ein kleines Nachbarland wie Mazedonien, bei dem es ja wohl keine Angst haben muss, dass es von ihm angegriffen werden könnte, dermaßen an der Gurgel hält, dass der Beitritt Mazedoniens zum Halt gebracht wird? Es ist unglaublich. Weshalb gibt es nicht genug Kraft innerhalb der Europäischen Union, diesem Mitglied Griechenland zu bedeuten, dass diese Art von nationalistischer Politik nicht zum Geist der Europäischen Union gehört?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dietmar Nietan [SPD])

Wir wissen, dass Mazedonien ein fragiles Land ist. Es hat mit inneren Spannungen zu kämpfen, und es war großartig, dass verhindert werden konnte, dass dort, anders als in anderen südosteuropäischen Ländern, ein hei-

Marieluise Beck (Bremen)

- (A) Der Krieg ausgebrochen ist. Auch ein Grenzstreit wie zwischen Slowenien und Kroatien sollte in EU-Ländern nationaler geregelt werden.

Wir müssen sehr deutlich machen: Die Aufnahme in die Europäische Union bedeutet auch die Aufgabe von Souveränität. Wer in die Europäische Union geht, der will nicht nur Zugang zu Ressourcen und zu Unterstützung haben, sondern der will sich auch diesem europäischen Projekt verpflichten, und das bedeutet Souveränitätsübertragung. All diese seminationalen Konflikte, die innerhalb der Länder des Westbalkan schmoren, müssten zur Seite geschoben werden, wenn wirklich die Überzeugung vorhanden ist, dass man zur EU als eine Wertegemeinschaft gehören will, die sich der Überwindung des Nationalismus verschrieben hat.

Das ist die Messlatte, die neben dem *Acquis communautaire* für die Länder gelten muss, die an die Tür der EU klopfen, und das muss auch die Messlatte für uns sein. Wir wollen den Nationalismus überwinden. Spätestens mit dem Zerfall Jugoslawiens ist es uns noch einmal vor Augen geführt worden, welch unglaubliches Gift dies ist und welches Leid durch den Nationalismus auch über die Menschen in einem modernen Europa gebracht werden kann.

Lassen Sie uns also darauf beharren: Es geht um die Überwindung des Nationalismus. Wir sollten uns mit aller Kraft darum bemühen, dass diese Gedanken in dieser Legislaturperiode von diesem Hause aus auch nach Südosteuropa getragen werden.

- (B) Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächstes spricht der Kollege Gunther Krichbaum für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir feiern in diesem Jahr 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Mauerfall. Für uns ist es eine pure Selbstverständlichkeit, in rechtsstaatlichen Verhältnissen, in Frieden und in Demokratie zu leben. Wir vergessen aber allzu häufig, dass es keine 20 Jahre her ist, dass wir in Europa noch ganz andere Verhältnisse und im Herzen von Europa einen fürchterlichen Krieg hatten, der schließlich im Zerfall eines ganzen Landes mündete, im Zerfall des ehemaligen Jugoslawien.

Umso wichtiger ist es, dass die Staaten des ehemaligen Jugoslawien eine Perspektive zum Beitritt in die Europäische Union erhalten, weil diese Beitrittsperspektive wiederum friedensstiftend, aber auch stabilisierend wirkt. Wir vertreten diese Beitrittsperspektive nicht erst seit der Thessaloniki-Agenda, sondern bereits seit dem Europäischen Rat in Feira im Jahre 2000; der EU-Gipfel

in Thessaloniki war drei Jahre später. Auch Günter Verheugen selbst hatte diese Beitrittsperspektive als damaliger Erweiterungskommissar nochmals untermauert, als er dann, wie Sie wissen, das sechsstufige Verfahren entwickelte. Abermals bekräftigt wurde dies letztes Jahr auf dem Europäischen Rat.

In dem Antrag der SPD werden deshalb pure Selbstverständlichkeiten betont. Wir alle sind uns einig, dass diese Länder eine EU-Beitrittsperspektive haben müssen. Deswegen ist die nochmalige Erwähnung in dem Antrag – milde gesagt – überflüssig.

Seit dieser Zeit sind verschiedene Unterstützungsmaßnahmen ergriffen worden, die heute im sogenannten IPA-Programm, in den Heranführungsbeihilfen zusammengefasst sind. Wir haben ein Interesse daran, dass diese Länder fit gemacht werden für die Europäische Union.

Die Europäische Union hat sich ebenfalls über den Vertrag von Lissabon fit für künftige Erweiterungen gemacht; denn jetzt sind die institutionellen Voraussetzungen hierfür geschaffen worden, die wir mit dem Vertrag von Nizza nicht gehabt hätten.

Es gilt – verschiedene Kollegen haben bereits darauf hingewiesen – das Prinzip der „Own Merits“, also das Prinzip der eigenen Verdienste. Auch dazu sagt der Antrag der SPD-Fraktion überhaupt gar nichts. Es liegt nicht nur an der EU und deren Wohlwollen, sondern es müssen sich auch die Staaten selbst bewegen. Kraft ihrer eigenen Fortschritte bestimmen sie letztlich das Erweiterungsdatum und haben es deswegen selbst in der Hand. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Richtigkeit dieses Aufeinanderzugehens hat sich beispielsweise bei der Visafreiheit, die wir für Serbien, für Montenegro und Mazedonien ab dem 19. Dezember einführen, bewahrheitet. Ich bin sicher, dass bald auch Bosnien und Albanien die Voraussetzungen erfüllen und dazukommen werden.

Das ist wichtig für die jungen Menschen. Frau Beck von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat dies noch einmal betont. Es ist wichtig, dass wir diese jungen Menschen in die Europäische Union reisen lassen. Nur das hilft, den Nationalismus zu überwinden.

Ich erinnere an eine Präsidentenwahl in Serbien. Als sich der nationalistische Nikolic und der pro-europäische Tadic gegenüberstanden, hat die junge Bevölkerung nicht Tadic, sondern mehrheitlich Nikolic gewählt. Warum? Weil wir die jungen Menschen nicht haben reisen lassen. Wir haben sie nicht in die Europäische Union hineingelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieser Anachronismus wird jetzt Gott sei Dank beseitigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte keine Ausführungen zu Bosnien-Herzegovina machen, weil Herr Kollege Beyer hierauf schon

Gunther Krichbaum

- (A) eingegangen ist. Es sollten aber noch einige Bemerkungen zu den übrigen Ländern gemacht werden.

Kroatien steht an der Schwelle zur Europäischen Union. Dennoch bleibt noch viel zu tun, Stichwort Korruptionsbekämpfung. Der EU-Fortschrittsbericht nennt erhebliche Fortschritte. Es darf aber auch daran erinnert werden, dass verschiedene Kollegen aus dem Bundestag, aber auch aus dem Europäischen Parlament durch die Benennung von fragwürdigen Vorgängen und aufgrund der nachfolgenden Meldungen bei der Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF dafür gesorgt haben, dass – einhergehend mit einer Medienberichterstattung – Druck in Richtung Regierung entstanden ist.

Deshalb sind weitere Fortschritte erforderlich; denn die Korruption betrifft die Ärmsten der Armen. Auch das sei immer wieder gesagt. Korruptionsbekämpfung ist kein Selbstzweck; denn Korruption benachteiligt diejenigen, die in den fragwürdigen Überbietungswettbewerb nicht eintreten können und deswegen die eigentlichen Opfer von Korruption sind.

Noch ein klärendes Wort zu Mazedonien und Griechenland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Namensstreit ist bizarr. Was Griechenland angeht, so muss man sich schon der Sprache der Diplomatie bedienen, um höflich zu bleiben. Seit dem Jahr 1981, seit dem Beitritt Griechenlands, ist Griechenland der größte Zahlungsempfänger innerhalb der Europäischen Union. Griechenland hat von diesen finanziellen Transferleistungen immer wieder profitiert und somit auch von der Solidarität der Europäischen Union.

(B)

Als Bleistift und Radiergummi herausgeholt wurden, um die Maastricht-Kriterien zumindest auf dem Papier zu erfüllen, blieben andere Konsequenzen aus. Die Geduld innerhalb der Europäischen Union wurde jedoch damals strapaziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Geduld ist aber nicht unendlich. Wir erwarten, dass bilaterale Streitigkeiten nicht auf die Ebene der EU hochgehieft werden und damit für Belastungen sorgen. Deutliche Worte gilt es auch in Richtung Mazedonien zu sagen. Mazedonien wäre gut beraten, Provokationen in Richtung seines südlichen Nachbarn zu unterlassen, weil dies nicht dem Geist Europas entspricht und damit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht gerade zuträglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung zu Serbien. Serbien belegt in einem Ranking von Transparency International gegenwärtig den 83. Rang, eingerahmt von Trinidad und Tobago sowie El Salvador. Serbien ist ein Schlüsselland der Region. Wir wollen, dass Serbien in die Europäische Union kommt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

(C)

Unser Appell zielt deshalb darauf, dass wir auf die serbische Regierung einwirken, alles in Richtung Korruptionsbekämpfung zu tun.

Abschließend möchte ich noch eine Bemerkung zum Antrag machen. Es wäre schön gewesen, wenn zwei Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon auch einige Worte zur Rolle der nationalen Parlamente gefunden worden wären. Denn wir haben bei künftigen Erweiterungen ein entscheidendes Wort mitzusprechen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

In diesem Sinne können wir dem Antrag leider nicht zustimmen, auch wenn er die richtige Richtung einschlägt.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/106 mit dem Titel „Die EU-Perspektive der südosteuropäischen Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien verstärken“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die übrigen Fraktionen haben dagegen gestimmt.

(D)